Leipziger Tageblatt und Handels-Zeitung

Bezugspreis: Durch die Post in Deutschland monatlich Mk. 5500000; Ausl. Mk. 12000000 einschließlich Porto. Erscheint täglich morgens, außer Montags. Höh. Gewalt schließt Erfüll. aus. Schriftleit., Geschäftsst., Druckerei: Leipzig, Johannisgasse 8 (Fernspr. Ortsgespr. Sammel-Nr.: 70611, Ferngespr. 17000-17002); ebenda u. in allen Filialen Anzeigen- und Abonnement-Annahme; auch nimmt jedes Postamt Bestellungen an.

Anzeigenpreis: für die Gesamt- (Stadt- u. Post-) Auflage: Einsp. 24mm br. mm-Zeile M. 65000 ausw. Inserent. M. 100000. Sonderpreise: Familienanz. d. Priv. mm-Zeile M. 30000, Gelegenheitsanz. (priv. Natur) m. Stellengesuch. mm-Zeile M. 30000. Stellengef. mm-Zeile M. 25000, amtl. Bekanntm. Doppelmm-Z. M. 130000, f. ausw. M. 200000. Reklame 72mm br. mm-Z. M. 500000, f. ausw. M. 650000. Auslandsanz. m. Valutazuschl. Bei Wiederh. Nachlaß. Platz- u. Datenvorsch. unver bindl. Erfüll.-Ort Leipzig. Postscheckk. Leipz. 3064.

Das Leipziger Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen des Polizeipräsidiums Leipzig.

Nr. 215 | Einzelnummer 300 000 Mark | Dienstag, den 11. September 1923 | Fern-Ausgabe | 117. Jahrg.

Selbstbehauptung

L. G. Leipzig, 10. September.

Die neuesten Denkmalsreden des französischen Ministerpräsidenten sind ohne Zweifel schon von der Annahme beherrscht, daß die deutsche Regierung demnächst mit bestimmten Anträgen zur Beendigung des Ruhrkampfes hervortreten werde. Wenn freilich Berliner Auguren, wie gemeldet wird, in Poincarés Kundgebungen schon das Gras der Versöhnlichkeit wachsen hören wollen, so müssen wir in aller Bescheidenheit gestehen, daß uns solche Feinheit des Gehörs versagt ist. Vielleicht darf man im Ton eine gewisse Mäßigung feststellen, doch in der Sache weichen die Ansprachen von Damvillers und Hauteville um kein Jota von der Linie ab, die bisher von der französischen Politik verfolgt worden ist. Vielmehr ist die Rücksicht auf neue Verhandlungsmöglichkeiten nur insofern festzustellen, als der französische Redner, der nicht umsonst ein gewiegter Rechtsanwalt ist, offenbar darauf ausgeht, die Verhandlungslage für Frankreich möglichst vorteilhaft zu gestalten. Das könnte nicht wirksamer geschehen, als dadurch, daß man der Gegenpartei jedes Mittel aus der Hand nimmt, mit dem sie einen Druck auf den Gang der Verhandlungen auszuüben vermöchte. Vor allem gilt das von dem passiven Widerstand, an dessen Beendigung den Franzosen nicht so viel gelegen wäre, wenn sie in ihm nicht ein ernstliches Hindernis ihrer politischen und wirtschaftlichen Absichten gegen die Freiheit nicht Deutschlands allein, sondern aller europäischen Staaten sehen würden. Je gewichtiger daher der Gegenwert ist, der für den Verzicht auf den passiven Widerstand gefordert werden kann, desto mehr muß der Franzose wünschen, daß ein so wertvolles „Tauschobjekt" von uns schon preisgegeben sei, bevor man sich an den Verhandlungstisch setzt.

Wenn dies klar ist — und die geringste Vertrautheit mit den französischen Dingen genügt, um sich davon zu überzeugen —, so sollte auch kein Zweifel über die Haltung möglich sein, die wir selber in der Angelegenheit des Ruhrkampfes einzunehmen haben. Das Zick-Zack, das als ein allzu dauerhafter Bestandteil der wilhelminischen Hinterlassenschaft noch immer die deutschen Stimmungen zu beherrschen scheint, ist wieder einmal bei einer tiefen Depression angelangt. Der passive Widerstand, vor kurzem noch von allen als aussichtsreiche Abwehrwaffe anerkannt, deren Kritik schon als eine Art Hochverrat eingeschätzt wurde, wird jetzt in manchen und nicht den einflußlosesten Kreisen mit einem Achselzucken abgetan, seine schleunigste Beendigung als unumgänglich erklärt. Ja, genau dies ist das „impulsive" Gebahren, durch das die Politik des verflossenen Kaisertums so unsiet geworden war und schließlich das Mißtrauen der ganzen Welt geerntet hatte. Sollen wirklich alle die Opfer an Gut und Blut, die für den Ruhrkampf gebracht wurden, vergeblich und die deutsche Diplomatie gezwungen sein, sich mit leeren Händen an den vielleicht schon nahen Verhandlungstisch zu setzen?' Dies ist auf jeden Fall nicht die Meinung der Arbeiterschaft des Ruhrgebiets, von der ein Mitarbeiter der „Times" dieser Tage berichtet hat, daß sie nichts von einer Kapitulation wissen wolle, obgleich sie mehr als irgend jemand in Deutschland zu leiden habe. Uns dünkt, daß die Ruhr-Arbeiter, die das meiste zur Durchführung des Abwehrkampfes beigetragen haben, auch in der Frage seiner Beendigung mit an erster Stelle gehört werden müssen. Ohne Zweifel ist es, wie von der Reichsregierung mit Recht betont wird, dringend nötig, die Ausgaben für den Ruhrkampf soviel als möglich einzuschränken, doch sind notorischermaßen in den Aufwendungen für den passiven Widerstand so schwere Mißbräuche eingerissen, daß vermutlich mit ihrer Abstellung eine Menge Milliarden gespart werden könnten, ohne daß die Abwehr selber in Frage gestellt zu werden brauchte.

Die neue Reichsregierung hat mit der Zustimmung des ganzen Volkes einen auf gutwilligen Ausgleich abzielenden Weg eingeschlagen und es entspricht dem Sinn des demokratischen Staates, daß nun auch die Nation selber das ihrige dazu tue. Der schwarze Pessimismus aber, der heute im Lande umgeht, ist die schlechteste Begleitung zu der von der Regierung angeschlagenen Melodie, denn er entwertet in den Augen unserer Gegner das einzige, was wir ihrem Vernichtungswillen entgegenzuhalten haben: den starken Lebensmut eines vom Unglück gebeugten, doch nicht gebrochenen Volkes. Wer immer Einfluß in diesem Lande hat — und das sind, sollte man meinen, vor allem die gewählten Volksvertreter —, dem liegt die Pflicht ob, dazu beizutragen, daß an die Stelle des herrschenden Pessimismus der Geist der Selbstbehauptung trete, in der allein die sittlichen Voraussetzungen zur Rettung des Vaterlandes im Innern und nach außen beschlossen sind.

Neue Vorstöße der Separatisten

Eine stürmische Versammlung in Trier

Köln, 10. September. (Eig. Tel.) Gestern fand in Trier eine große Versammlung der Sonderbündler statt, für die die Franzosen einen Saal requiriert hatten. Ein Aufgebot von Spahis sorgte für Ruhe. Im Saal saß an bevorzugter Stelle der französische Delezierte der Rheinlandkommission, Major Quilleben, und fast sämtliche Angehörigen der früheren Delegation der Rheinlandkommission. Es wurden hetzerische Reden gegen Preußen gehalten, das „Rhein und Ruhr nicht mehr haben solle". Ein freier Rheinstaat wolle seinen Anteil an den Wiederherstellungen tragen. Aber es gebe noch viele im Rheinland, die nichts von dem rheinischen Sonderstaat wissen wollten, und die unterjocht seien von dem preußischen Geist. Innerhalb des Gebiets der rheinischen Bewegung befinde sich noch eine Insel, wo diese keinen Einfluß habe: das sei Köln. Hier herrschten die Engländer, und von diesen habe die rheinische Bewegung nichts zu erwarten.

Nach der Versammlung kam es in der Brotstraße zu Zusammenstößen mit der deutschtreuen Bevölkerung. Die Separatisten hatten einen eigenen Selbstschutz mitgebracht, der mit Gummiknüppeln und Revolvern bewaffnet war. Plötzlich fielen Schüsse. Sofort griffen in der Nähe befindliche Spahis ein und trieben die Menge zurück. Nach dem Zusammenstoß hat die Besatzungsbehörde einen Polizisten als Geisel festgenommen und droht, weitere Maßnahmen zu ergreifen.

Französische Hoffnungen auf das Rheinland

Paris, 10. September. (Eig. Tel.) Die gestrige Rede Poincarés und die Berliner Meldungen über die Entschließung des Reichswirtschaftsrates sowie über die Erklärung des Reichsministers Raumer bestärken die hiesigen politischen Kreise in dem Eindruck, daß vor Ende dieser Woche entscheidende deutsche Schritte zur Herbeiführung der Entspannung zwischen Deutschland und Frankreich erfolgen werde. Man versichert hier, zwischen der Reichsregierung und der französischen Botschaft in Berlin sei bereits eine gewisse Fühlungnahme zustande gekommen.

Die Morgenpresse verzichtet fast durchweg auf Kommentierung der gestrigen Rede Poincarés. Die meisten Blätter heben in den Ueberschriften als Kernpunkt der Rede Stellen hervor, in denen Poincaré betont, daß Deutschland sich noch retten kann, wenn es will. Einige Zeitungen betrachten als interessantesten Punkt den Satz: „Sobald Deutschland sich entschlossen haben wird, uns etwa anderes zu geben als Versprechungen, werden wir die Möglichkeit des Abschlusses von Wirtschaftsverträgen prüfen."

Bei der Anspielung auf die Gefahr, die Deutschland im Falle der Fortsetzung des passiven Widerstandes drohe, hat Poincaré, wie verlautet, hauptsächlich an die Lage im Rheinland gedacht. Die „Journée Industrielle" veröffentlicht im Leitartikel beachtenswerte Betrachtungen. Sie berichtet, am Freitag, dem 7. September, habe in Koblenz unter dem Vorsitz von Tirard eine sehr zahlreich besuchte Konferenz von Bankiers und Beamten zur Prüfung der Währungskrise stattgefunden. An diesen Besprechungen hätten auch deutsche Persönlichkeiten teilgenommen, die bisher jede Art von Zusammenarbeit mit den Franzosen ablehnten. Dieser Umstand sei das Ergebnis der

wahnsinnigen Finanzpolitik des Kabinetts Cuno

das die Geschichte einst als das Ministerium des nationalen Selbstmordes bezeichnen werde. Die „Journée Industrielle" fährt fort, allem Anschein nach habe der Gedanke eines vom Reiche ganz unabhängigen Rheinlandes in den letzten Monaten an Boden gewonnen. Diese Erscheinung sei nicht etwa durch französische Einwirkungen zu erklären, sondern durch den Wunsch vieler Rheinländer, ihre materiellen Interessen vor den drohenden Konsequenzen der Politik Cunos zu retten.

Deutschland scheine weniger die Leistungsfähigkeit Deutschlands als die Erhaltung der deutschen Einheit zu erstreben. Seine Sanierungspläne jedoch hätten wenig Aussicht auf Erfolg. Falls sie scheitern sollten, werde das Rheinland in die Arme der Franzosen fallen, ob es wolle oder nicht. Frankreich würden dadurch sehr ernste Verlegenheiten bereitet werden, von der Gefahr eines neuen Konflikts mit England gar nicht zu reden, falls die französische Regierung sich nicht in jeder Hinsicht auf Eventualitäten vorbereite.

Der Wunsch nach Verhandlungen

Berlin, 10. September. Die Rede Poincarés in Damvillers wird von den Montagsblättern insofern als ein Fortschritt gewertet, als der Ton gegenüber Deutschland gemäßigter sei als in den früheren Reden. Die Rede scheine den Weg zu einer Unterhaltung offen halten zu wollen. Die Blätter glauben zu wissen, daß der Reichskanzler Dr. Stresemann schon bald Veranlassung nehmen werde, sich zu dieser Rede Poincarés und zu der Frage zu äußern, wie es zu Verhandlungen zwischen den beiden Ländern kommen könnte.

Stresemann antwortet Poincaré

Berlin, 10. September. (Eig. Tel.) Der Reichskanzler beabsichtigt am Mittwoch abend der Oeffentlichkeit eine Kundgebung zu vermitteln, die seine Antwort auf die gestrige Rede Poincarés enthalten soll und der große politische Bedeutung beigemessen wird.

Die Rede Poincarés wird in unterrichteten politischen Kreisen dahin eingeschätzt, daß Poincaré damit den Weg zu den bereits angebahnten Unterhaltungen mit Deutschland offensichtlich nicht verbauen wolle.

Italien und Griechenland

Mussolini verspricht Räumung Korfus

Paris, 10. September. Havas meldet aus Rom: Mussolini hat an den italienischen Botschafter in Paris folgendes Telegramm zur Uebermittlung an die Botschafterkonferenz gerichtet:

„Ich bitte Sie, der Botschafterkonferenz mitzuteilen, daß die Königliche Regierung von der Note, die die Konferenz an die griechische Regierung gerichtet hat, Kenntnis genommen und sie angenommen hat, indem sie neuerlich ihre früheren Erklärungen bestätigt hat, nämlich, daß sie Korfu und die besetzten Inseln räumen wird, sobald Griechenland alle verlangten Reparationen voll und endgültig zur Ausführung gebracht hat."

Der tatenlose Völkerbund

London, 10. September. Garvin schreibt im „Observer" über das Fiasko von Genf, die historische Freundschaft zwischen England und Italien habe einen solchen Schlag erhalten, daß es lange dauern werde, bis sie sich davon erholt haben werden. Die diplomatische Grundlage der neuen britischen Politik mit Bezug auf das Ruhrgebiet sei zerstört worden. Rom sei gezwungen, Paris mehr Unterstützung in der Ruhrfrage zu geben im Austausch gegen die Unterstützung, die Paris Rom in der italienisch-griechischen Frage gebe. Der augenblickliche Völkerbund sei dem Selbstmord nahegekommen. In keiner Frage habe der Bund gewagt, gegen Frankreich aufzutreten. Er habe z. B. beiseite gestanden, während das Ruhrelend sich acht Monate hingeschleppt, weit mehr Tötungen von Menschen, die ebenso unschuldig gewesen seien, wie die Opfer von Korfu, verursacht und unsägliche Leiden und Schäden verbreitet habe. Wenn es keine Ruhrinvasion gegeben hätte, hätte auch keine Beschießung Korfus stattgefunden. Die Frage von Leben oder Tod für Europa sei, ob der Völkerbund von dem, was er jetzt ist, zu dem gemacht werden solle, was er sein müßte. Der Völkerbund werde niemals seines Namens oder seiner vitalen Zwecke würdig sein, bevor er nicht Deutschland und Rußland unter gleichen Bedingungen zu seinen Mitgliedern zähle.

Griechenland fügt sich

Berlin, 10. September. (Eig. Tel.) Havas verbreitet heute folgende Nachricht aus Athen: Die Antwort Griechenlands auf die Note der Botschafterkonferenz wurde am 9. September mittags den Gesandten von Frankreich, England und Italien übergeben. Griechenland nimmt alle Forderungen der Botschafterkonferenz an und unterstreicht die Forderung, die es bereits früher an die Botschafterkonferenz gerichtet und die darauf ausgeht, die Räumung Korfus so schnell als möglich sicherzustellen.

*

Wie aus Athen gemeldet wird, ermächtigt ein Erlaß die Offiziere, bei den Wahlen zur gesetzgebenden Versammlung als Kandidaten aufzutreten, ohne das sie den Abschied zu nehmen brauchen.

Unnachgiebige Forderung Englands

London, 10. September. Der ehemalige Schatzsekretär Sir Robert Horne erklärte in einer Rede zur letzten Reparationsnote Poincarés: Während Poincaré betonte, daß Frankreich seine Schulden an Großbritannien nicht verwerfen werde, laufe der Vorschlag, der in der Sprache eines Ultimatums gemacht werde, in Wirklichkeit auf eine Verwerfung hinaus. Poincaré beklage sich, daß England seine Freunde schlechter behandeln wolle als seine Feinde. Das sei ein völliges Mißverstehen der Tatsachen. England beabsichtige von Deutschland alles zu erhalten, was Deutschland bezahlen könne.

Unbillige Zahlungsbedingungen

Offene Stellungnahme der Leipziger Handelskammer

Die Leipziger Handelskammer wendet sich in einer öffentlichen Stellungnahme (siehe Handelsteil) gegen die heute vielfach herrschenden unbilligen Zahlungsbedingungen und schlägt vor, die Rechnungen zum Kurs des Zahlungstages zu begleichen. Auch die Bedingungen der Banken seien vielfach ungerecht; vor allem aber sei es nicht angängig, die Bankgeschäfte in zwei Tagen der Woche geschlossen zu halten.

Bayrische Arbeiter für die Reichsregierung

München, 10. September. (Eig. Tel.) Das Münchener Ortskartell der Christlichen Gewerkschaften hat eine Entschließung angenommen, die die Mitglieder auffordert, sich bei dem schweren Abwehringen im Westen und bei der Durchführung der steuerlichen Maßnahmen einmütig hinter die Reichsregierung zu stellen. Diese Erklärung ist die Antwort an den „Bayrischen Kurier", der behauptet hatte, nur ein paar aus Norddeutschland eingewanderte Führer, nicht aber die christlichen Arbeiter Münchens, ständen hinter der scharfen Verurteilung der Politik, welche die Regierung Knilling gegenüber dem Kabinett Stresemann und den neuen Steuern treibt.

Das Erdbeben in Yokohama

Paris, 10. September. (Eig. Tel.) Havas meldet aus Schanghai: Ueberlebende der Katastrophe, die in Schanghai eingetroffen sind, geben folgende Einzelheiten von dem Erdbeben in Yokohama: Die Geschäftsleute waren gerade im Begriff, ihre Bureaus zu verlassen, als man plötzlich ein ungeheures Dröhnen vernahm. Die Erde wurde plötzlich hochgehoben, und zwar stellenweise 1,2 bis 1,5 Meter, um bald danach zusammenzubrechen. Die Erschütterung dauerte 30 Sekunden an. Alle ausländischen Gebäude brachen zusammen. Die Trümmer der sich in den höher gelegenen Stadtteilen Yokohamas befindlichen Häuser wurden in die unteren Teile der Stadt gewälzt. Der Boden, der sich hob und senkte wie die Wellen eines stürmischen Meeres, wurde von tiefen Rissen gesprengt, die den Flüchtlingen den Weg versperrten. Die Feuersbrunst, die schnell ausbrach, wurde durch den Wind stark begünstigt, und ein großes Flammenmeer hüllte die Stadt ein. Die Behälter, die Millionen Tonnen Petroleum enthielten, explodierten. Das brennende Petroleum floß in die Kanäle und entzündete die Rotflöße, auf denen Hunderte von Personen versuchten, das andere Ufer zu gewinnen. Der Kanal wurde von Leichen vollständig ausgefüllt. Der Bruch der Wasserleitung und die darauf folgende Ueberschwemmung erhöhte noch die Verwirrung. Zweimal wurde ein Teil des Hafens 10 Meter hoch gehoben, um schließlich im Wasser zu verschwinden.

Furcht vor neuen Erdstößen

London, 10. September. (Eig. Tel.) In Japan ist man außerordentlich beunruhigt darüber, daß der Heilige Berg des Landes, der Fusiyama, der berühmteste Vulkan, der seit dem Erdbeben in einem Wolkenmeer verschwunden war, jetzt, nachdem das Wetter klar geworden ist, in völlig veränderter Gestalt wieder sichtbar wurde. Dieses Schicksal des Heiligen Berges sowie die Tatsache, daß eine Insel in der Nähe von Yokohama, auf der sich ein Vulkan befand, nach dem Beben verschwunden war und jetzt wieder aufgetaucht ist, während der Vulkan sich heftig in Tätigkeit befindet, lassen darauf schließen, daß die Neubildung der Erdoberfläche an der japanischen Küste noch nicht beendet ist. An der amerikanischen Pazifikküste sind am Sonnabend in einem starken Sturm zahlreiche Schiffe gescheitert, und es wurden von den Erdbebeninstrumenten andauernd leichte Beben im japanischen Zentrum verzeichnet.

Der japanische Botschafter in London erklärte einem Mitarbeiter der „Daily Mail", daß die japanische Regierung annehme, der Wiederaufbau von Tokio und Yokohama werde wohl Jahre dauern. Die japanischen Industriegebiete und das Bergbaugebiet seien nicht in Mitleidenschaft gezogen worden. Für die Zwecke des Wiederaufbaues hat die japanische Regierung eine Milliarde Goldmark zur Verfügung gestellt.

Dollar in Berlin

amtl. Mittelkurs: 50700000 Mk.

Amerikanischer Geldmarkt

* Sonderkabel des L. T.

Geldkurse der Vorbörse

	Vorbörse 10.	Parität 10		Vorbörse 10.	Parität 10.
Berlin	0.000002	50000000	Amsterd.	39.30	19656000
London	453.00	226500000	Prag	298.50	1492500
Paris	561.00	2805000	Stockh.	—	—
Mailand	436.00	2180000	Kopenhg.	—	—
Zürich	17.99	8995000	Christ.	—	—